

Initiative gegen  
Militärforschung  
an Universitäten



# Reader

für Arbeitsgruppe 2 „Militarisierung von Bildung und Forschung. Wie erreicht das Militär Universitäten und Schulen? Militärische Forschung an Hochschulen und Bundeswehr an Schulen“

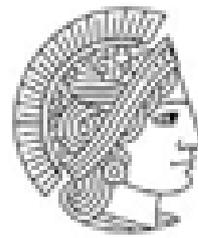
10. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden 22./23. Februar 2013 Stuttgart



Jetzt 12 Unis mit Zivilklausel brandnew Goethe-Uni Frankfurt	2
Jetzt 5 Urabstimmungen pro Zivilklausel brandnew Uni Kassel	3
Wahlprogramme Landtag GRÜNE & SPD	4
Rüstung in Baden-Württemberg Andreas Seifert, IMI-Ausdruck Februar 1/2013	5
Eigentum verpflichtet. Zu Präventiv- kriegen. Bundesminister de Maizière ist ungemein effektiv bei der Prägung neuer Definitionen und Uminterpretationen. Georg Rammer Saarkurier Online 06.02.2013	8
»Freiheit der Wissenschaft« und Kriegsforschung Zur Auseinandersetzung um die Zivilklausel in Baden-Württemberg, Dietrich Schulze für BdWi Forum Wissen- schaft 1-2013, s. Reader TU Berlin S. 29-34	9
"Militante Pazifisten" Zur Vermarktung der olivgrün ausgelegten Zivilklausel der Uni	15

Tübingen, Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung 25.01.2013	
Flyer "Ischinger go home" zum Honorar- professor der Uni Tübingen anlässlich des Pressegesprächs am 15.01.2013	17
Neue Kooperation zwischen Gewerk- schaften und Bundeswehr inakzep- tabel und unmoralisch Pressemitteilung Kooperation für den Frieden 07.02.2013	19
Aufruf DGB Baden-Württemberg zu den Ostermärschen 2013 „Krieg verbrennt unsere Welt! Wir wollen Frieden schaffen ohne Waffen!“	20
Klassenbeste Ministerin Badische Neueste Nachrichten 20.02.2013 über Theresia Bauer und ihre Verdienste gegen die Zivilklausel	21
Binder kritisiert Regierung scharf Verbaler Rundumschlag beim politischen Aschermittwoch der Linken. Badische Neueste Nachrichten 15.02.2013	21
Verschleierung des wirklichen Tuns Leserbrief Gudrun Vangermain über Atom- forschung am KIT zu „Nuklearforscher eröff- nen ihren Neubau“ in Badische Neueste Nachrichten 14.02.201	22
Nuklearforscher eröffnen ihren Neubau Startschuss für umstrittenes Labor im Herbst. Badische Neueste Nachrichten 05.02.2013	22
Breitbandiges Schweigen PM DFG-VK Baden-Württemberg und Ini vom 04.11.2012 über Rüstungsforschung am KIT, Transparenz und Zivilklausel	23
„Klima der Selbstzensur“ Akademische Unfreiheit und Doppelstrategie gegen Zivil- klausel-Bewegung. Dietrich Schulze in Neue Rheinische vom 20.02.2013	24
Vernetzung tut Not Aktueller Aufruf zu einer weiteren bundesweiten Aktionswoche „Gegen die Militarisierung der Bildung“	32

# 12 Unis mit Zivilklausel



TECHNISCHE  
UNIVERSITÄT  
DARMSTADT

Hochschule Bremerhaven



EBERHARD KARLS

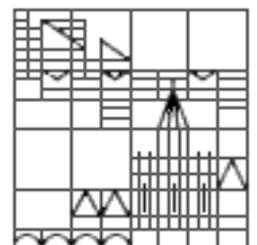
UNIVERSITÄT  
TÜBINGEN



Bilanz 30. Januar 2013: Es gibt fünf historische Zivilklauseln (**unten**) und seit der Kampagne mit Urabstimmung in Karlsruhe (KIT) sieben neue Zivilklauseln (**oben**). WebDoku [www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf](http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf)



Universität  
Konstanz



NatWiss-Umfrage Natascha Bisbis in „Wissenschaft & Frieden“ 2/2010



<http://zivilklauselkassel.blogspot.de/2013/01/27/72-prozent-der-studierenden-fuer-zivilklausel/>

27. Januar 2013

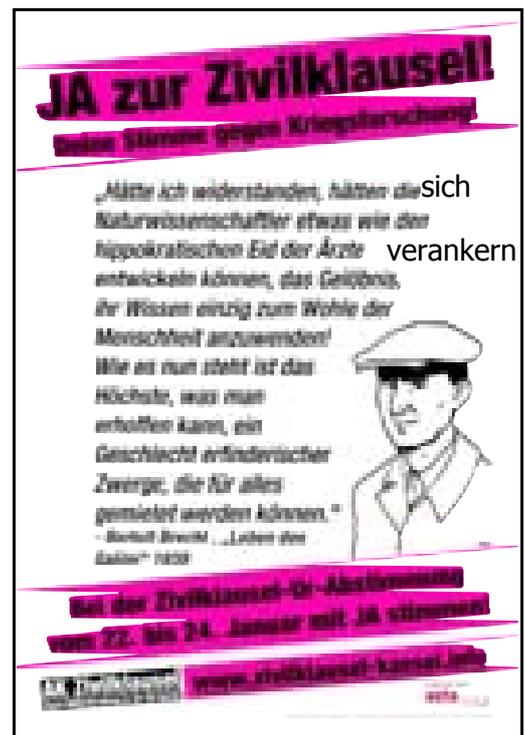
# 72 Prozent der Studierenden für Zivilklausel!

**Pressemitteilung: Bei der studentischen Ur-Abstimmung über eine so genannte „Zivilklausel“ an der Universität Kassel sprachen sich 72,39 Prozent der Wählerinnen und Wähler für rein zivile und friedliche Forschung aus. Universitäts-Leitung soll Kriegsforschung endlich Absage erteilen.**

„Ein tolles Ergebnis, das wir in dieser Eindeutigkeit nicht erwartet haben“, freut sich Claudia H. vom „Arbeitskreis Zivilklausel“. Die studentische Initiative setzt sich gegen Kriegsforschung an der Universität ein und hat jüngst eine Ur-Abstimmung unter der Studierendenschaft zu dem Thema herbeigeführt. Dabei sprachen nun knapp drei Viertel der Wählerinnen und Wähler dafür aus, eine sogenannte „Zivilklausel“ in der Grundordnung der Universität zu – mit der Klausel wäre Forschung, Lehre und Studium für kriegerische und militärische Zwecke in Kassel untersagt.

„Die Studierenden haben sich klar positioniert, jetzt müssen Senat und Uni-Leitung handeln“, fordert Claudia H. vom AK Zivilklausel. Bisher gebe es nur eine unverbindliche Zivilklausel in einer Orientierung für Professorinnen und Professoren. Der Arbeitskreis Zivilklausel und nun auch die Mehrheit der Studierenden fordern eine verbindliche Klausel. Konkret stimmten die Studierenden bei der Ur-Abstimmung dafür, den folgenden Abschnitt in die Grundordnung der Kasseler Universität aufzunehmen:

**„Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel dienen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Unter Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke v erfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben.“**



Wie Claudia H. vom AK Zivilklausel anmerkt, wäre das auch ein großer Schritt in Richtung transparenter Wissenschaft. Militärische Forschungsprojekte, wie es sie auch schon in Kassel gab, werden meist unter Verschluss gehalten. Die Universitäts-Leitung gebe keine Auskünfte zu den brisanten Forschungsprojekten. Der Arbeitskreis Zivilklausel fordert alle Verantwortlichen dazu auf endlich zu handeln: „An den Universitäten in Dortmund, Bremen und Darmstadt gebe es schon verbindliche Zivilklauseln. Es sei an der Zeit das sich auch die Universität Kassel zu Idealen wie Frieden und Transparenz bekenne – Lippenbekenntnisse allein würden die Welt nicht friedlicher machen.“

\*\*\*\*\*

**Nach der Uni Karlsruhe im Januar 2009, der Uni Köln im Dezember 2010, der FU Berlin im Januar 2011 und der Uni Frankfurt a.M. im Januar 2012 ist das die fünfte erfolgreiche Urabstimmung.**

**Der Senat der Goethe-Uni Frankfurt hat am 30. Januar einstimmig eine Zivilklausel für die Grundordnung beschlossen. Das ist die zwölfte real Existierende.**

**Eine beeindruckende Bilanz der Zivilklausel-Bewegung, meint Dietrich Schulze.**

# Zivilklausel: Wahlprogramme GRÜNE und SPD zu Landtagswahlen im Vergleich

## Baden-Württemberg

**Wahlprogramm GRÜNE 2011** „Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.“

**Wahlprogramm SPD 2011** „Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen.“

**KIT-Gesetz Änderungsantrag 25.06.2009** Abg. Johannes Stober u. a. SPD und der Abg. Theresia Bauer u. a. GRÜNE zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Zusammenführung der Universität Karlsruhe und der Forschungszentrum Karlsruhe GmbH im Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Gesetz) Drucksache 14/4600. Der Landtag wolle beschließen, in Artikel 1 des Gesetzentwurfs § 1 wie folgt zu ändern: Es wird folgender Absatz 5 (neu) ergänzt: „**(5) Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben nach § 2 ausschließlich friedliche Zwecke.**“  
Begründung: Am bisherigen Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) ist nicht-zivile Forschung bis heute ausgeschlossen. Es ist notwendig, dieses Signal und diese Einschränkung auch auf das gesamte KIT zu übertragen und den Geltungsbereich nicht wie bislang vorgesehen auf den Großforschungsbereich zu beschränken.

## Niedersachsen

**Wahlprogramm GRÜNE 2013** Hochaktuell wegen Grüner Wissenschaftsministerin **"Wir möchten in Niedersachsen eine für alle Universitäten verbindliche Zivilklausel einführen, die Forschung und Entwicklung von Waffen und anderen Rüstungsgütern ausschließt."**

**Landeshochschulgesetz 1993-2002** **"Die den Hochschulen vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel sollen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die friedlichen Zwecken dienen"**. Landtag Drucksache 16/1485. In der Begründung des Gesetzes heißt es, "daß es der Aufgabenstellung der Hochschulen nicht entspricht, wenn in ihnen Forschung betrieben wird, deren Ergebnisse für eine militärische Nutzung vorgesehen sind oder aber für eine solche Nutzung erkennbar unmittelbar militärisch missbraucht werden sollen, und daß das Land nicht bereit ist, seine der Wissenschaft gewidmeten Ressourcen hierfür zur Verfügung zu stellen." Landtag Drucksache 12/3810

## Nordrhein-Westfalen

**Leitantrag für 03.03.2013** zum Landesparteirat GRÜNE in Mülheim **Für ein neues Landeshochschulgesetz "Um ihre ethische Verantwortung zu stärken und Forschung unter Wahrung der Forschungsfreiheit auf friedliche Zwecke auszurichten, sollen die Hochschulen Zivilklauseln in ihren Satzungen verankern."**

**Pressemitteilung 09.01.2013** Juso-HSG und Juso SchülerInnen **Kein Militär- und keine Rüstungsindustrie in Schulen und Hochschulen! „Aus diesem Grund fordern wir die Senate der Hochschulen auf, die Einführung von Zivilklauseln anzustreben und sich somit durch Selbstverpflichtung von Rüstungsforschung zu distanzieren. Die Zivilklausel soll auch ins Hochschulgesetz aufgenommen werden.“**

**Stellungnahme Oktober 2012** Landeskoordination campus:grün NRW **Transparente Forschung und Einführung von Zivilklauseln ..... ähnliche Position wie die Jusos**

## Klassenbeste Ministerin

Stuttgart (dpa). Mit einer Drei plus wird man in Deutschland schon Wissenschaftsministerin des Jahres: Die Stuttgarter Ressortchefin Theresia Bauer ist diesmal die Glückliche. Sie ist die erste Grüne, die den Titel erhält. Bei einer Online-Umfrage des Deutschen Hochschulverbandes unter Wissenschaftlern schnitt Bauer (Foto: dpa) mit der Note „Befriedigend Plus“ am besten ab. Die Stuttgarter Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst verwies die Siegerin der beiden Vorjahre, Birgitta Wolff (CDU) aus Sachsen-Anhalt, knapp auf Rang zwei. Die CDU-Politikerin Johanna Wanka aus Niedersachsen, die inzwischen zur Bundesbildungsministerin berufen worden ist, landete auf dem dritten Platz. Bauer erklärte zu ihrer Kür: „Ich verstehe die Auszeichnung als Auftrag, mich bei der Hochschulfinanzierung für eine gemeinsame Lösung von Bund und Ländern einzusetzen.“ Der Hochschulverband ist die Berufsvertretung der Wissenschaftler in Deutschland mit rund 27 500 Mitgliedern. Vor der Landtagswahl 2011, bei der Bauer für ihre Partei das Direktmandat im Wahlkreis Heidelberg holte, arbeitete die Hochschulexpertin als Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion. Die Politikwissenschaftlerin, der auch die Opposition Respekt zollt, hatte in der grün-roten Koalition den Ausstieg aus den Studiengebühren in Baden-Württemberg umgesetzt. Damit will die Landesregierung erreichen, dass ein Studium nicht vom Geldbeutel der Familie abhängt.



Theresia Bauer

Auf Bauers Konto geht auch die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Baden-Württemberg nach 35 Jahren. **Zuletzt wandte sie sich gegen eine von Parteifreunden geforderte gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen, nur für zivile Zwecke zu forschen. Staatliche Vorgaben und Denkverbote seien in der Forschung fehl am Platz, argumentierte sie.**

Ein Projekte der 47-Jährigen ist auch die Neuordnung der Lehramtsausbildung, wozu sie eine Expertengruppe eingesetzt hat.

## Binder kritisiert Regierung scharf

### Verbaler Rundumschlag beim politischen Aschermittwoch der Linken

eki. Mit einem verbalen Rundumschlag hat die Karlsruher Bundestagsabgeordnete Karin Binder ihre Parteifreunde von der Linkspartei auf den Bundestagswahlkampf eingestimmt. Beim politischen Aschermittwoch ließ Binder an der schwarz-gelben Regierungskoalition kein gutes Haar und kritisierte Personen und Programme.

Mit den Waffenexporten in „lupenreine Demokratien“ wie Saudi Arabien ging Binder besonders hart ins Gericht. Deutschland sei inzwischen der drittgrößte Exporteur von Krieg, aber das reiche Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihrem „Kriegsminister“ Thomas de Maizière offenbar noch nicht. **Bitter für Unis und Forschungseinrichtungen wie das KIT ist es laut Binder, dass diese immer wieder vor den Karren der Rüstungsindustrie gespannt werden. Ihre Forderung: Nie wieder sollte vom deutschen Boden Krieg ausgehen, deshalb brauche es Zivilklauseln an deutschen Unis und Hochschulen, und die Bundeswehr müsse von den Schulen ferngehalten werden. „Nur so ist eine Erziehung zum Frieden möglich“, appellierte sie.**

Dass Annette Schavan die Doktorwürde entzogen wurde, kommentierte Binder im Stile einer Büttenrednerin: Ohne ihren akademischen Abschluss drohe der Ex-Bildungsministerin nun der tiefe Fall in die sozialen Niederungen der Hartz-IV-Bezieher. „Schummeln wird künftig in Schavan gemessen“, ulkte Binder. Die neue Maßeinheit für sexuelle Anmache sei dagegen „ein Brüderle“, wer drei „Brüderles“ in einem Verkehrsregister sammle, erhalte dafür eine Woche Liebesentzug.

Deutliche Worte fand Binder auch für die derzeitige Wirtschaftspolitik, in Europa wie in Deutschland gelte inzwischen das Prinzip „die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer und mehr“. Linken-Kreissprecher Michael Fischer schoss bei seiner Aschermittwochsansprache einige Giftpfeile in Richtung SPD-General Sigmar Gabriel. Der habe jüngst erklärt, dass der, der einen Wechsel wolle, nicht die Piraten und auf gar keinen Fall die Linke wählen dürfe.

Gabriel sollte aber eher vor seiner eigenen Tür kehren, mahnte Fischer, schließlich unterscheide sich die Politik der SPD nicht wesentlich von der der schwarz-gelben Bundesregierung. Und ein sozialdemokratischer Kanzlerkandidat „Peer Steinreich“ stehe in Wort und Tat für die Agenda 2010. „Und wir tun alle gut daran, dies nicht zu vergessen“, so Fischer.

Als Gastredner referierte Francis Wurtz, ehemaliger Vorsitzender der Linksfraction im Europäischen Parlament, anlässlich 50 Jahren Élysée-Vertrags über die deutsch-französische Partnerschaft. Laut Wurtz ist das Jubiläum ein gelungener Anlass, an einer Erneuerung der Partnerschaft aus „linker Perspektive“ zu arbeiten. Die Partnerschaft müsse friedlich und kooperativ sein, eine Partnerschaft der Bürgerinnen und Bürger.

2. Februar 2013

# Aufruf zu einer bundesweiten Aktionswoche



## „Gegen die Militarisierung der Bildung“

Auf einem bundesweiten Vernetzungstreffen am 27. Januar wurde über die Vorbereitung einer weiteren bundesweiten Aktionswoche gegen Militär in der Bildung diskutiert.

**Julian Toewe**, DFG-VK Frankfurt und AK Zivilklausel Frankfurt/M [J.Toewe@gmx.net](mailto:J.Toewe@gmx.net) und **Lena Sachs**, Schulfrei für die Bundeswehr Baden-Württemberg [lena.sachs@gmx.de](mailto:lena.sachs@gmx.de)

haben die Ergebnisse zusammen gefasst:

- Ziel dieser zweiten Aktionswoche (im September 2012 hat die erste stattgefunden) ist es, praktisch etwas gegen Auftritte von militärischen Einrichtungen an Bildungsorten zu unternehmen, mit Informationsveranstaltungen auf die zunehmende Militarisierung der Bildung (und Gesellschaft) aufmerksam zu machen und ein deutliches Signal in der Öffentlichkeit zu hinterlassen.
- Zur Einstimmung auf die Aktionswoche soll es am Freitag, den 14. Juni 2013 einen dezentralen Aktionstag gegen die Militarisierung der Bildung geben. Dessen Ziel ist das gleiche wie das der Aktionswoche. Alle Einzelpersonen, Gruppen und Verbände sind dazu eingeladen, sich dem Aktionstag mit Aktionen und Veranstaltungen anzuschließen!
- Am Sonntag, den 24. März 2013 von 12-17 Uhr findet im Cafe Buch Oase (Germaniastr. 14, Kassel, <http://www.cafebuchoase.de/>) ein Vorbereitungstreffen für die bundesweite Aktionswoche statt. Alle Einzelpersonen, Gruppen und Verbände sind herzlich eingeladen an dem Treffen teilzunehmen, die daran interessiert sind sich an der Terminfindung, der Ausarbeitung des Konzepts der Aktionswoche und der Organisation/Durchführung der Aktionswoche zu beteiligen oder einfach erstmal gucken und zuhören wollen. Bei dem Treffen wird auch Zeit sein, um sich über den dezentralen Aktionstag zu verständigen. Damit die bundesweite Aktionswoche ein Erfolg wird, ist es notwendig, dass viele Personen aus verschiedenen Spektren aus dem ganzen Bundesgebiet zum Vorbereitungstreffen kommen!

## Ergänzung

**Dietrich Schulze**, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten [dietrich.schulze@gmx.de](mailto:dietrich.schulze@gmx.de)

- Am 27. Januar hatte zeitgleich das bundesweite Bündnis „Hochschulen für den Frieden – JA zur Zivilklausel“ getagt. Es wird für Aktionstag/Aktionswoche nach Kräften unterstützend tätig werden.
- Das Bündnis bereitet eine bundesweite Unterschriftensammlung „Lernen für den Frieden“ vor, die sich ebenfalls an alle BürgerInnen richten, die gemeinsamen Betroffenheit der Schulen und Hochschulen herausstellen und im Kontext mit Aktionstag/Aktionswoche öffentlich verbreitet werden wird.

Zur Erinnerung der Aufruf und ein Bericht über die Aktionswoche 24.-29. September 2012:  
<http://antimilaktionswoche.wordpress.com/aufruf> <http://www.wri-irg.org/node/20716>

Angaben zur Person des Reader-Autors findet man auf Seiten 29 und 43. Und schauen Sie bitte mal in die WebDoku <http://stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf> rein, in der das meiste hier dokumentierte und vieles mehr zur Zivilklausel-Bewegung zu finden ist, schätzungsweise über eintausend Weblinks.  
Impressum: Dietrich Schulze, Winterstr. 27. 76137 Karlsruhe, 23. Februar 2013